

die Möglichkeit hatte, die Aktenzusammenstellung zu kontrollieren“.

Auch das Justizministerium zeigte sich dem Parlament gegenüber wenig kooperativ. Vier Monate mußte der Untersuchungsausschuß immer wieder auf die Herausgabe der Spielbank-Prozeßakten aus dem Jahre 1979 drängen; erst Ende letzter Woche rückte die Regierung die Unterlagen heraus. Ausschuß-Vorsitzender Wolf Weber (SPD): „Eine unverständliche Schlampererei.“

In einem der 1979er Schriftsätze werden Details des Deals dargestellt, mit dem die Bewerbergruppe Kalweit nach eigener Darstellung die CDU dazu bringen wollte, dem Spielbanken-Gesetz im Landtag zuzustimmen. Auszug:

Die CDU war unter zwei Voraussetzungen bereit, durch ihre Zustimmung zu dem Spielbankengesetz dessen Verabschiedung sicherzustellen, und zwar:

1. müsse sichergestellt sein, daß die Gruppe des Klägers die Konzession erhalte,
2. müsse sichergestellt sein, daß die CDU an den Gewinnen der Gruppe des Klägers beteiligt wird.

Beweis: Zeugnis 1. Rath, 2. Hasselmann, 3. Albrecht, 4. Haaßengier.

Während Ausschuß-Vorsitzender Weber Prozeßakten sichtete, erteilte Ministerpräsident Albrecht den Abgeordneten eine Absage: Er sei, schrieb er an Weber, nicht in der Lage, wie erbeten in der ersten Augushälfte vor dem Ausschuß auszusagen.

Der Ministerpräsident will offenbar vermeiden, was Kronzeuge von Rath – der als Ausländer nicht vor den Ausschuß gezwungen werden kann – zur Bedingung für einen Auftritt in Hannover gemacht hat: daß Albrecht, unter Eid, vor Rath vernommen wird.

Zusätzlich fordert der Deutsch-Amerikaner von den niedersächsischen Behörden „sicheres Geleit“.

Seit den Kronzeugen in Florida erste Drohungen erreicht haben, verlangt Rath: „Ich will lebend ankommen und lebend die Bundesrepublik verlassen.“

BERLIN

Rache kalt

Freundliches Asyl gewährte die DDR autonomen Besetzern, die vor West-Polizisten über die Mauer nach Ost-Berlin geflüchtet waren – der Senat ist düpiert.

Die Polizei, dein Freund und Helfer: All den Punks und Alternativen, die sich widerrechtlich auf der Berliner Mauer versammelt hatten, reckten sich fürsorglich Beamtenhände entgegen.

Damit sich niemand verletzt, waren Pritschenwagen mit Rutschen in Stellung

gebracht. Sanft glitten die Demonstranten in amtliche Obhut. Anschließend wurde bei Schrippen, Käse und heißen Würstchen eine kleine Formalität vorbereitet: Feststellung der Personalien, kurzes Verhör, sodann nette Verabschiedung und für die Raucher stangenweise Zigaretten.

Derart unverhofften Empfang bereiteten letzten Freitag in aller Frühe Ost-Berlins sonst stets gewaltbereite Sicherheitsorgane den Besetzern des Lenné-Dreiecks am Potsdamer Platz, die vor Räumungseinheiten des West-Berliner Senats über die Mauer geflohen waren.

Der Geländezipfel diesseits der Mauer, der bisher formal noch zur DDR gehörte, ist seit Freitag nacht durch einen Gebietsaustausch dem englischen

am Lenné-Dreieck regelrecht vorgeführt gesehen. Kaum war Ende März der Gebietsaustausch paraphiert, entfernten die Ost-Berliner die Stahlumfriedung des Geländes, wohl kaum „aus Gründen, die in der Knappheit von Zäunen in der DDR liegen“, wie Innensenator Wilhelm Kewenig scherzte. Prompt rückten, wie in West-Berlin unvermeidlich, Besetzer an.

Willig duldete die DDR die Schanzarbeiten auf dem Terrain, das nach einem Knast-Toten von nun an „Norbert-Kubat-Dreieck“ genannt wurde. Rund um die Uhr spähten auf der Mauerkrone plazierte Ost-Grenzer nach eventuellen westlichen Amtsanmaßungen auf dem Ost-Zipfel. Tränengas aufs Dreieck hatte östliche Megaphon-Proteste zur Folge, Einsätze der mit Zwillen und Molo-



Berliner Mauerspringer: „Erste Massenflucht von West nach Ost“

Stadtsektor einverleibt. Fünf Stunden nach der Übergabe ließ der Senat sein Neuland räumen.

Die jungen Leute, die sich dort seit vier Wochen aus Protest gegen den Bau eines Straßentunnels eingekigt hatten, machten ihre Ankündigung wahr: Vor den heranrückenden West-Polizisten verdrückten sich rund 180 Besetzer mittels Leitern nach Osten. Es war, schwärmte die Alternative Liste, die „erste Massenflucht über die Mauer von West nach Ost“.

Ost-Berlins Streicheleinheiten für die Protestler kamen nicht von ungefähr. Verlockend erschien den Ost-Regierenden die Gelegenheit zur Revanche für die ständige westliche Kritik an Knüppelien der Volkspolizisten und der Staatssicherheit.

Die DDR genoß die Rache kalt. Wochenlang hatte sich West-Berlins Senat

tow-Cocktails traktierten West-Beamten ließen das „Neue Deutschland“ genüßlich „Polizeiterror“ registrieren.

Dabei glaubte Innensenator Kewenig lange Zeit „den belegbaren und verifizierbaren Eindruck“ zu haben, Ost-Berlin werde die Sache pragmatisch lösen – etwa durch vorzeitige Übergabe des Geländes. Leider habe der Eindruck getrogen, klagt Kewenig, sogar den Zeitpunkt des Gebietsaustausches habe der Osten unredlicherweise „bis zum letzten Moment“ für sich behalten.

Dankbarkeit für die Besetzer und Hohn für den Senat brachten Ost-Berlins Dreiecksstrategen in einem symbolischen Schlußakt zum Ausdruck: Viele der Kurzzeitgäste wurden von DDR-Beamten in Barkas-Kleinbussen zum Grenzbahnhof Friedrichstraße kutschiert und freundlich in den Westen zurückgeleitet – durch die Diplomaten-schleuse. ◆